

KGW's Rundschreiben



27.04.2017
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Es war wohl ein Spruch von dem Ökonomen Monnet: „Europa kommt nur durch Krisen voran.“ Wir Europäer stecken seit über 7 Jahren in der Krise und Erkenntnisse wie wir rauskommen, bzw. wie wir nicht erneut in eine nächste rutschen, gibt es nicht. Europa wird schwach bleiben, weil der Euro nicht stabil ist, die Haushalte alles andere als solide sind, in den meisten Ländern kein kontinuierliches Wachstum zu erkennen ist, die Beschäftigungsraten zu wünschen übrig lassen und der Tenor einer gemeinsamen Sprache nicht erkennbar ist. Der schwache EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist nicht in der Lage seine Mannschaft in Brüssel hochzureißen und emotional zu motivieren. Kürzlich allerdings hatte er eine Vision („soziale Säule“ die er auf der Versammlung der konservativen Christendemokratie Malta vortrug.) Das allerdings war nicht der große Wurf, denn Europa ist für soziales überhaupt nicht zuständig. Die Kompetenz für dieses Thema liegt in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die 5 Optionen, die in der „sozialen Säule“ eingebunden sind, werden ohnehin von Deutschland mitgetragen, da bei uns die Standards zu diesen Themen vergleichsweise höher liegen. Aber wie so oft in der Vergangenheit sind große Ankündigungen aus Brüssel wie Seifenblasen zerplatzt. Als immer wiederkehrendes Thema hätten wir einen Vorschlag: Abbau der Bürokratie.

Gold ist meist mit Emotionen verbunden. Zu Beginn der Eurokrise überstieg die weltweite Nachfrage das Angebot. Heute ist Gold nicht knapp genug, um den Preis nachhaltig in die Höhe zu treiben. Die Goldlobby hat deshalb einen neuen Markt entdeckt – die Muslime. Bisher durfte man nach den Regeln des Islamischen Finanzwesens (wegen des Zinsverbots) nur in Schmuck und Barren investieren. Das hat sich geändert und es sind auch Goldanlagen über Fonds und Aktien möglich (z.B. der börsengehandelte Index vom ET/ oder SPDR – GOLD – TRUST). In Deutschland hat der Bundesrechnungshof 2012 eine Bestandsaufnahme des deutschen Goldschatzes gefordert und regelmäßige Kontrollen angemahnt. Darauf reagierte die Bundesbank und begann seit 2013 mit der Verlagerung nach Frankfurt. Deutschland besitzt knapp 3.400 Tonnen des Edelmetalls und hat damit den zweitgrößten Goldschatz der Welt (nach USA). Derzeitiger Wert ca. 120 Mrd. Euro oder ca. 70% der deutschen Währungsreserven. Wahrscheinlich sind weder Präsident Trump oder der Brexit schuld daran, dass im vergangenen Jahr ca. 111 Tonnen aus New York und ca. 105 Tonnen aus Paris (weitere 91 Tonnen sollen folgen) zurücktransportiert wurden. Wenn die Logistik so weiter geht, ist Ende 2017 die Hälfte des Goldes in der Zentrale der Bundesbank in Frankfurt. Der Rest wird sich dann verteilen, mit ca. 13% auf London und ca. 37% auf New York. Teilweise hat dieser Goldbestand noch niemals deutsches Gebiet gesehen. Er stammt aus der Zeit des Bretton – Woods – Systems fester Wechselkurse. Deutschland erzielte in den 1950er - 60er Jahren erhebliche Exportüberschüsse. Um den DM-Kurs stabil zu halten, kaufte die Bundesbank damals im großen Umfang Gold. Die bisherigen Transportkosten belaufen sich auf ca. 7. Mio Euro. Aus Sicherheitsgründen kann bei jedem Flug nur eine Tonne bewegt werden. So schreiben es die Auflagen der Transportversicherer vor. Kommt das Gold in Frankfurt an, wird es gewogen, per Ultraschall untersucht und geröntgt. Barren mit der Nummer 707 beispielsweise, stammen aus 1917 und wurden von der Firma Rothschild gegossen. Die deutsche Bundesbank aktualisiert laufend Listen, die im Internet (mit Barrennummer und Feingewicht) veröffentlicht werden. Vor 2 Jahren hatten sie einen Umfang von mehr als 2300 Seiten.

Seit ca. 2 Jahren streitet Minister Schäuble mit dem IWF (Internationale Währungsfonds) um den Kurs in der Griechenlandrettung. Die bisherigen Hilfszusagen:

1. Paket – Zusagen – 110 Mrd. – Auszahlung 73 Mrd.
2. Paket – Zusagen – 164 Mrd. – 143 Mrd.
3. Paket – Zusagen 86 Mrd. – 32 Mrd.

Der IWF verlangt, dass die Laufzeiten der Kredite nochmals erheblich verlängert werden. Derzeitig beträgt die durchschnittliche Laufzeit der Darlehen 32 Jahre. Das bedeutet, dass die Griechen bisher nur geringe Zinsen an die Gläubiger gezahlt haben. Man verlangt von den Eurofinanzministern konkrete Zusagen und zwar vor den Bundestagswahlen in Deutschland (September diesen Jahres). Gibt es die geforderten Zusagen nicht, wird es kein 3.

Auszahlungsprogramm für Griechenland geben. Griechenland seinerseits hat die bisher zugesagten Auflagen nicht erfüllt und versucht weiter zu verzögern. Der griechische Zentralbankchef, Euklid Tsakalotos, schlägt bereits Alarm und verweist darauf, dass ohne Auszahlung des 3. Hilfspakets ein Wachstum der griechischen Wirtschaft und das Erreichen der Haushaltsziele nicht möglich ist. Der Premier, Alexis Tsipras, boykottiert seinerseits bei den Gläubigerverhandlungen. Der Kurs, den er steuert, führt aktuell in den Abgrund des Staatsbankrott und zum Zusammenbruch des Bankensystems. Schon heute ziehen betuchte Griechen erneut ihr Geld wieder ab. Für uns Deutsche kann nach Beendigung des griechischen Trauerspiels nur eines auf uns zukommen: „Man wird uns richtig in den Geldsack fassen“.

Es ist erst wenige Jahre her, dass die Türkei als eines der vielversprechendsten Schwellenländer der Welt galt. Das Abstimmungsergebnis über die Verfassungsreform stärkt die Position Recep Tayyip Erdogans, der das Land in ein autoritäres System abdriften lässt. Schon jetzt reagiert die türkische Oberschicht mit Abzug ihres Geldes bzw. (falls die Möglichkeit dazu besteht) mit Auswanderung. Henley und Partners Türkei Istanbul organisieren bereits betuchten Türken den Schritt nach Spanien, Portugal oder andere europäische Länder. Man muss allerdings mindestens 100.000 Euro investieren.

Die Politik des türkischen Präsidenten Erdogan hat die europäischen Politiker verärgert, so dass die Beitrittsgespräche zur EU zunächst auch auf Eis liegen. Die wüsten Beschimpfungen der türkischen Politiker (sowie des Präsidenten selbst) in Richtung Deutschland bzw. deutscher Kanzlerin waren anscheinend nicht ausreichend genug, dass Deutschland sich zu Sanktionen in Richtung Türkei entschließen konnte und kann. Man wartet stattdessen auf ein klares Signal aus Brüssel. Deutschland ist für die Türkei zwar ein wichtiger Handelspartner (Rang 14) und viele deutsche Unternehmen haben in der Türkei investiert – aber wir meinen, dass auf grobe Klötze grobe Keile gehören. In der Zeit von 2014 – 2020 wird die Türkei EU – Zahlungen von knapp 4,5 Mrd. Euro bekommen. Die sind an Fortschritte in Sachen Rechtstaatlichkeit und Demokratie geknüpft. Es muss aber doch die Frage erlaubt sein, warum man diese Zahlung nicht einfriert, denn das würde kurzfristig als Druckmittel sicherlich Erfolg haben. Die Entscheidung darüber müssen wir aber den gewählten deutschen und europäischen Politikern überlassen.

27 Regierungschefs der EU treffen sich am 29. d. Mo. in Brüssel, um die Leitlinien für die Verhandlungsführung mit den Briten festzulegen. Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier, bereitet sich bereits akribisch auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit London vor, denn bis zum 29.03.2019 (Austritt der Briten aus der EU) gibt es noch viel zu tun. In Berlin gibt es bereits einen kleinen Machtkampf, wer das Sagen hat, zwischen dem Bundesfinanzministerium und dem Kanzleramt unter der Leitung von Uwe Corsepius (Chefberater von Angela Merkel). Vielleicht hat Theresa May sich den Infizus der Machterhaltung von Erdogan eingehandelt. Jedenfalls hat sie für den 8. Juni Neuwahlen angekündigt. Als geschickte Taktikerin weiß sie natürlich, dass die britische Opposition zurzeit so schwach ist, dass alles andere als ein grandioser Sieg für sie, als Überraschung anzusehen ist. Da sie kein eigenes Mandat hat, versucht sie, sich durch die Neuwahl eine gute Position bei den bevorstehenden Brexitverhandlungen zu verschaffen. May will den harten Ausstieg aus der EU, was bedeutet: Verlassen des Binnenmarktes und der Zollunion. Bisher hatten die Briten lediglich über den Austritt aus der EU abgestimmt. Sie will sich von den Wählern eine Position bestätigen lassen, mit der sie legitimiert in die Austrittsverhandlungen eintreten kann. Gleichzeitig wird sie versuchen, die schottischen Nationalisten zu disziplinieren. Alle sagen einen überwältigenden Sieg Theresa Mays voraus. Keiner zieht die Möglichkeit ins Kalkül, dass der Brexit im Juni abgewählt werden könnte. Seit dem Brexitvotum gibt es für die Wirtschaft Großbritanniens noch keinen Konjunkturerinbruch. Der ist wahrscheinlich durch die Pfundabwertung bisher ausgeblieben. Es gibt aber bereits Anzeichen für ein Anziehen der Inflationsrate und auf Dauer werden die Preise steigen. May ist also klug beraten, in einer Situation, wo es den Engländern noch gut geht, wählen zu lassen. Sollten die Briten allerdings künftig keinen umgehenden Zugang zum Binnenmarkt erhalten, werden die Exporteure langfristig das Nachsehen haben. Das dicke Ende steht den Inselbewohnern wahrscheinlich noch bevor.

Deutschland ist Exportweltmeister. Das wir mit einem Wert von ca. 8% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) extrem hoch liegen, wird seit Jahren international kritisiert. Vor der Sitzung des IWF (Internationalen Währungsfonds) bläst Minister Schäuble eine mächtige Briese von Christine Lagarde und dem französischen Präsidentenanwärter Emmanuel Macron entgegen. Präsident Trump erklärte kürzlich, Deutschland könne seine Waren nur so günstig verkaufen, weil man die Währung manipuliert. Er droht mit Handelsblockaden, weil er amerikanische Jobs bedroht sieht. Er aber sollte die Schuld bei der heimischen Wirtschaft suchen und nicht bei anderen. Wenn am internationalen Markt deutsche Produkte gefragt sind, muss die Kritik daran sachlich begründet sein. Am 19. dieses Monats schrieb

Professor Werner Sinn zu diesem Thema im Handelsblatt. Er verweist darauf, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss sogar bei ca. 10% liegen müsste, wenn Deutschland im Jahr der Krise noch Zinsen auf sein Nettoauslandsvermögen verdient hätte (wie 2007). Als Grund gibt er vielmehr die Unterbewertung des Euro an. Die Ursache liegt in der inflationären Kreditblase, die die Ankündigung des Euros beim Madrider Gipfel (1995) auf dem Wege über dramatische Zinssenkungen auslöste. In Italien, Spanien und Portugal fielen die Zinsen um gut 5 Prozentpunkte, in Griechenland waren es 20 Prozentpunkte. Der billige Kredit, den der Euro den Ländern brachte, ermöglichte es Staat und Bauindustrie, Lohnerhöhungen zu finanzieren, die weit über den Produktionsfortschritt hinausgingen. Das trieb die Güterpreise in die Höhe und unterminierte die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien dieser Länder. Deutschland, dessen Inflation während einer langwährenden Flaute gering blieb (wie es der Maastrichter Vertrag gebot) wurde dadurch, relativ gesehen, immer billiger. Die Unterbewertung des Euro liegt zum einen in der ultralockeren Geldpolitik der EZB. Teile dieser 2.300 Mrd. Euro wanderten ins Ausland und werteten den Euro ab (das könnte zugegebenermaßen eine indirekte Währungsmanipulation sein). Gleichzeitig muss man der Wahrheit die Ehre geben und sagen, dass diese Maßnahme von der EZB beschlossen wurde, gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Bundesbank. Die andere Ursache liegt in Amerika selbst, die mit verlockenden Finanzprodukten den Dollarkurs in die Höhe trieb und die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie unterminierte. Trump sollte sich die Politik von Jimmy Carter und Bill Clinton anschauen, als billige Kredite zur Schaffung von Wohnungseigentum vergeben wurden. Im Vorfeld war klar, dass die entsprechenden Kreditnehmer die Kredite nie zurückzahlen und ihre erworbenen Immobilien unter den Hammer kommen würden. Amerikanische Banken verkauften der ganzen Welt ihre undurchsichtigen ABS-Papiere, bis der Schwindel endlich in der Finanzkrise aufflog. Das war der Grund, dass der deutsche Staat 2010 Banken mit 280 Mrd. Euro retten musste. Sie hatten diese schlechten Finanzpapiere in ihrem Portfolio. Vielleicht gibt es jemanden, der das dem amerikanischen Präsidenten erklärt, sodass er es auch versteht.

Der Edelstahl- und die Rohstoffmärkte

Im Jahr 2014 und 2015 fielen die Rohstoffpreise auf Tiefststände. Eine leichte Konsolidierung trat erst im 2. Quartal 2016 ein. Es mag sein, dass die politische Situation schuld daran ist, dass zu Anfang 2017 die Rohstoffnotierungen spürbar stiegen. Gerade auf dem Nickelsektor haben die Meldungen aus Indonesien allerdings nicht zur wesentlichen Veränderung beigetragen. Aktuell ist eine Nickel-Preis-Reduzierung angesagt, was zu fallenden LZ's führt und in nächster Zeit führen wird. Womit die NSG (International Nickel Study Group) bis Jahresende ein Nickel-Angebotsdefizit herleitet, ist deren Geheimnis. Aufgrund der Bestände in London und Shanghai ist nicht mit einem Anstieg zu rechnen. Der Ferrochrom-Preis wird jeweils quartalsweise festgelegt. Der angehobene Ferrochromstahl-Preis zum 1. Quartal 2017 (um ca. 50%) wurde zum 2. Quartal 2017 um ca. 6,7% zurückgenommen. Im bisherigen Jahr 2017 lag der Molybdänpreis einheitlich zwischen 1.400-1.470 €/100kg. Für das 2. Halbjahr 2017 werden steigende Rohstoffpreise vorausgesagt. Das würde Anhebungen der Notierungen für Edelstahl Rostfrei bedeuten.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1.0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
01.02.2017	1.0756	10.025	10.075	382.620	929	1.413
01.03.2017	1.0563	11.000	11.065	377.778	1.045	1.449
03.04.2017	1.0661	9.965	10.030	376.476	935	1.431
26.04.2017	1.0872	9,255	9.330	379.338	850	1.400

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	810	790	808	769							
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754	945	930	963	944							
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.434	1.404	1.455	1.350							
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261	1.365	1.337	1.384	1.287							
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315	1.415	1.391	1.448	1.367							
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	1.947	1.926	2.021	1.936							
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	929	906	923	885							
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973	1.169	1.159	1.208	1.208							
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292	3.260	3.239	3.416	3.271							
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	1.969	1.947	2.044	1.957							
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701	1.773	1.740	1.805	1.669							

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2016 €/to	tiefst 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Dez.. 295	Feb/Apr /Mai 190	390	400	400	410								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Dez. 1.080	Jan. 740	1.130	1.190	1.200	1.140								
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Dez. 1.350	Jan/Mai 1.000	1.410	1.500	1.510	1.450								

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team